

Antrag 7/II/2025**Abt. 1 - Tempelhof****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Refinanzierung des Tarifvertrags der AAPA (Arbeitsgemeinschaft behinderter Arbeitgeber mit Persönlicher Assistenz) über 2025 hinaus**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
2 nats werden aufgefordert darauf hinzuwir-
3 ken, dass der Tarifvertrag der AAPA über 2025
4 hinaus anerkannt wird. Damit wird verhin-
5 dert, dass direkt angestellte Assistent*innen
6 im Persönlichen Budget, schlechter gestellt
7 werden, als Angestellte von Assistenzdiens-
8 ten. Dazu gehört auch die Erhöhung der Löh-
9 ne und das Aushandeln einer Inflationsprä-
10 mie analog des Tarifabschlusses des öffentli-
11 chen Dienstes der Länder.

12

13 Begründung

14 Um selbstbestimmt in der eigenen Häus-
15 lichkeit leben zu können, haben Menschen
16 mit Behinderung unter bestimmten Voraus-
17 setzungen Anspruch auf Persönliche Assis-
18 tenz. Dies bedeutet, dass sie zu Hause leben
19 und ihren Alltag mit Assistenz selbst gestal-
20 ten. Die Assistent*innen (im Folgenden durch
21 AS abgekürzt) arbeiten direkt bei ihren As-
22 sistenznehmer*innen zu Hause und unter-
23 stützen nach Ansage bei der Körperpflege,
24 im Haushalt und auch bei der Arbeit und
25 bei Gängen außer Haus. Rund um die Uhr
26 stellen sie unter anderem ihre Muskelkraft
27 und ihre Arme und Beine zur Verfügung, da-
28 mit Menschen mit Behinderung auch außer-
29 halb von Einrichtungen selbstbestimmt ihr
30 Leben gestalten können. Dazu arbeiten sie als
31 Team des/der jeweiligen AssistenznehmerIn
32 im Schichtdienst.

33

34 Anspruchsberechtigte habe das Recht auf
35 freie Wahl. Sie können selbst entscheiden, ob
36 sie ihre AS über Pflegedienste wie z. Bs. ambu-
37 lante dienste e.V. beziehen, oder über das Per-
38 sönliche Budget selbst einstellen wollen. Bei
39 Pflegediensten müssen sie sich nicht selbst
40 um die Sicherung ihrer Assistenz kümmern,
41 haben aber weniger Wahlrecht und müssen

42 bestimmte Regeln einhalten. Wenn sie sich
43 dafür entscheiden ihre AS über das zur Ver-
44 fügung gestellte Persönliche Budget selbst
45 einzustellen, sind sie für ihre Dienstplanung
46 selbst verantwortlich, haben aber mehr Frei-
47 heiten und sind die direkten Vorgesetzten ih-
48 rer AS.

49

50 2019 haben die großen Assistenzdienste ein-
51 en Tarifvertrag abgeschlossen, was langfris-
52 tig dazu führte, dass Assistent*innen der gro-
53 ßen Dienste besser verdienten als die direkt
54 Angestellte. Das lag unter anderem daran,
55 dass die AS der großen Träger in die Endgeld-
56 gruppe 5 eingruppiert wurden, während die
57 AS im Persönlichen Budget in der Endgeld-
58 gruppe 3 verblieben.

59

60 Daraufhin gründeten Assistenznehmer*In-
61 nen mit Persönlichem Budget die AAPA,
62 um vertreten von der Gewerkschaft ver.di,
63 auch einen Tarifvertrag auszuhandeln. Erst
64 2024 wurde dies vom Senat anerkannt und
65 die AS im Persönlichen Budget erhielten
66 rückwirkend vom 1.1.22 ihre Nachzahlung.

67

68 Obwohl nach der AGH Wahl 2021 die Ko-
69 alition festlegte, dass sie sich für gleichen
70 Lohn für gleiche Tätigkeit einsetzt, wurde nun
71 beschlossen, dass direkt angestellte Assis-
72 tent*innen ab 2026 wieder in die Endgeld-
73 gruppe 3 wechseln sollen und der Tarifvertrag
74 nicht verlängert wird. Auch der Tarifvertrag
75 der großen Dienste ist von Schlechterstellung
76 gefährdet, hat aber mehr Gewicht.

77

78 Die AS im Persönlichen Budget werden al-
79 so ab 2026 wieder 340€ im Monat weniger
80 verdienen, als ihre KollegInnen der großen
81 Dienste, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten,
82 wenn sich der Senat nicht dazu bekennt.

83

84 Dadurch werden die behinderten Arbeitge-
85 ber*innen im Persönlichen Budget noch grö-
86 ßere Schwierigkeiten als sonst haben, geeig-
87 netes Personal zu finden und zu halten. Wenn
88 die AS alle zu den großen Diensten, die immer
89 Personal suchen, wechseln, werden die Ar-
90 beitgebenden im Persönlichen Budget eben-

91 falls aus der Not heraus gezwungen, sich ei-
92 nen Dienst zu suchen. Da diese ihre Teams
93 selbst koordinieren, während die Dienste ei-
94 ne teure Verwaltung unterhalten, sparen sie
95 dem Land Geld. Würden alle Betroffenen der
96 AAPA zu den Diensten wechseln, würden dem
97 Land Mehrkosten 12 Millionen € pro Jahr
98 dem Land entstehen. Dazu kommt, dass auf-
99 grund fehlender Sozialarbeitenden und Pfl-
100 gefachkräfte die Dienste überlastet sind und
101 schon jetzt bei weitem nicht alle Anfragen be-
102 dienen können.

103

104 Durch die Weigerung der langfristigen Aner-
105 kennung des Tarifvertrags untergräbt der Se-
106 nat also unterschwellig das Recht auf Wahl-
107 freiheit und Selbstbestimmung der Men-
108 schen mit Behinderung. Leben mit Persön-
109 lichem Budget als Chef*in der eigenen AS
110 ist die höchste Form der Selbstbestimmung,
111 die man als Mensch mit Behinderung haben
112 kann.

113

114 Dazu kommt, dass die AS die gleiche verant-
115 wortungsbewusste Arbeit leisten, ob sie nun
116 bei einem Dienst angestellt sind, oder direkt
117 bei einer Person mit Behinderung. Wenn die
118 SPD sich noch als Arbeiterpartei wahrnimmt
119 und auch noch so wahrgenommen werden
120 möchte, sollte sie die AS, die wirklich zu den
121 „hart arbeitenden Menschen“ gehören, von
122 denen unsere Vorsitzenden im Bund so ger-
123 ne sprechen, keine Steine in den Weg legen.
124 Sich für den Tarifvertrag der AAPA einzuset-
125 zen und dadurch auch den Tarifvertrag der
126 großen Dienste zu stärken, würde Worten
127 auch Taten folgen lassen und die Pflege di-
128 rekt aufwerten und dazu das Selbstbestim-
129 mungsrecht der zu Pflegenden unterstützen
130 und anerkennen.